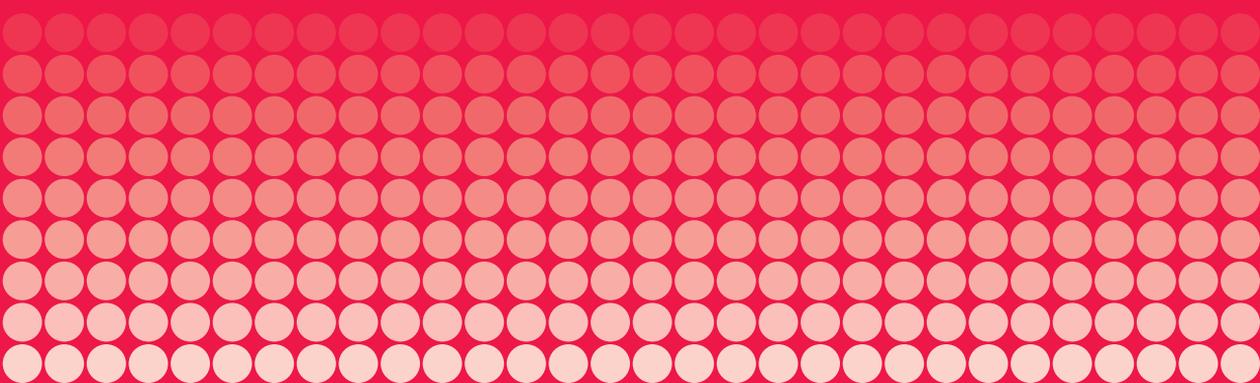


SIPRI YEARBOOK 2014

Armaments,
Disarmament and
International
Security

Kurzfassung auf Deutsch



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

Das Internationale Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) ist eine unabhängige, internationale Einrichtung zur Erforschung von Konflikten, Rüstung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Es wurde 1966 gegründet und stellt auf öffentlich zugänglichen Quellen basierende Daten, Analysen und Empfehlungen für Politik, Wissenschaft, Medien und für die interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung.

DAS SIPRI-JAHRBUCH

Das *SIPRI Yearbook 2014* ist eine Zusammenstellung von Originaldaten aus den Bereichen globale Militärausgaben, internationale Rüstungstransfers, Rüstungsproduktion, Atomstreitkräfte, bewaffnete Konflikte und multilaterale Friedenseinsätze sowie von neuesten Analysen wichtiger Aspekte der Rüstungskontrolle, des Friedens und der internationalen Sicherheit. Das SIPRI-Jahrbuch, das erstmals 1969 erschienen ist, wird von SIPRI-Forschern und eingeladenen externen Experten verfasst.

Diese Broschüre fasst die Inhalte des *SIPRI Yearbook 2014* zusammen und enthält eine Auswahl an Daten und Informationen daraus.

www.sipriyearbook.org

INHALT

Einleitung	1
1. Aspekte des Syrienkonflikts	2
Teil I. Sicherheit und Konflikte 2013	
2. Bewaffnete Konflikte	4
3. Friedenseinsätze und Konfliktmanagement	6
Teil II. Militärausgaben und Rüstung 2013	
4. Militärausgaben und Rüstungsproduktion	8
5. Internationale Rüstungstransfers	10
6. Atomstreitkräfte weltweit	12
Teil III. Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung 2013	
7. Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung	14
8. Verringerung der Sicherheitsbedrohungen durch chemische und biologische Materialien	16
9. Konventionelle Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung	18
10. Doppelverwendungsfähige Güter und Waffenkontrollsysteme	20
Anhänge	22

Aus dem Englischen übersetzt von Astrid Fischer und Sophie Hoffmann,
Berghof Foundation.

© SIPRI 2014
© Berghof Foundation 2014



EINLEITUNG

DR. IAN ANTHONY

Das *SIPRI Yearbook 2014* dokumentiert einige beunruhigende Entwicklungen in Hinblick auf Konflikte, Rüstungsdynamiken und internationale Sicherheit. Die Welt ist immer noch weit von etwas wie einer „globalen Ordnung“ entfernt. Da politische, technologische, ökonomische, ökologische und militärische Aktivitäten sich fortwährend und rapide ändern, könnte es immer schwerer werden, friedliche Lösungen und ein stabileres Sicherheitsumfeld zu erreichen.

Angesichts der Ereignisse und Entwicklungen des Jahres 2013 erscheint es für die Bereiche Rüstung, Abrüstung und internationale Sicherheit notwendig, das Zusammenspiel dreier zusammenhängender Themenkomplexe weitergehend zu analysieren.

Erstens wird der sich entwickelnde Ansatz einer internationalen Ordnungspolitik direkte Auswirkungen darauf haben, inwieweit sich Staaten darüber verständigen können, wie internationale und regionale Sicherheit am besten gefördert werden. Die einzelnen Kapitel dieser Ausgabe des SIPRI-Jahrbuchs verdeutlichen diverse Spannungen – beispielsweise innerhalb der verschiedenen Fachinstitute sowie zwischen weltweiten und regionalen Einrichtungen für Sicherheitsfragen. Multilaterale Ansätze wurden schrittweise ausgehöhlt, indem immer weniger nach Gemeinsamkeiten gesucht wurde, sondern nationale Unterschiede toleriert und einziger deren Folgen behandelt wurden. Während sich der Sicherheitsdiskurs den Grenzen vereinbarter Rahmenbedingungen entzieht, ist zudem bei verschiedenen Themen eine neue Flexibilität in der Ausrichtung von Staaten zu beobachten.

Zweitens könnte ein besseres Verständnis der Zusammenhänge zwischen Entwicklung und Sicherheit dabei helfen, Möglichkeiten für ein gemeinsames Handeln von Akteuren zu iden-

tifizieren, die bisher keine Partner sind. Kaum jemand würde den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher, sozialer und menschlicher Entwicklung auf der einen sowie Frieden und Sicherheit auf der anderen Seite bestreiten. Die Zusammenhänge sind jedoch vielschichtig: Während Sicherheit zu Entwicklung und Entwicklung zu Sicherheit führen kann, ist weder die eine noch die andere Dimension ausreichend, um entscheidend auf die jeweils andere einzuwirken, und nicht immer sind beide kurzfristig erforderlich. Für ein besseres Verständnis dieser Zusammenhänge bedarf es weiterer Forschung, die vom Ansatz her die Probleme in ihrer Gesamtheit analysiert, anstatt sich lediglich auf die Lösung einzelner Aspekte zu konzentrieren. Um die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Teilen dieser Probleme zu verstehen, ist es notwendig, die Erkenntnisse vieler akademischer Disziplinen zusammenzutragen.

Drittens können Geschwindigkeit und Ausmaß der Fortschritte in diversen Forschungs- und Technologiefeldern sowie die Art, wie diese enormen Fortschritte interagieren, mittlerweile als eigenständiger Faktor betrachtet werden, der die internationale Sicherheit mitgestaltet. Mit zunehmender Komplexität ist die Beurteilung von Technologiefolgen schwieriger geworden. Dies gilt ebenso für das Verständnis des Zusammenspiels von Wissenschaft und öffentlicher Ordnung.

Der Bedarf an „kompetenter, unvoreingenommener Information bezüglich physikalischer, biologischer, ökonomischer, sozialer und politischer Auswirkungen der immer umfassenderen und weiteren Anwendungen von Technologien“ ist sicherlich nicht überholt. Zur Unterstützung der Entscheidungsfindung von Regierungen sowie Gesetzgebungsverfahren erscheint dies notwendiger denn je.

Dr. Ian Anthony ist Direktor von SIPRI. ●



1. ASPEKTE DES SYRIENKONFLIKTS

Nach dreijährigem Konflikt in Syrien herrscht allgemeine Skepsis darüber, ob ein gangbarer Weg gefunden werden kann, um Frieden herzustellen. Jeder Versuch, im Konflikt zu vermitteln, bedarf des Verständnisses der Konfliktodynamik – eine Herausforderung, zu der Friedens- und Konfliktforschung beitragen kann. Wie jedoch die Differenzen im UN-Sicherheitsrat und zwischen den Staaten in der Region im Jahre 2013 zeigten, verhindern Diskussionen u.a. über den Nachweis des Einsatzes chemischer Waffen sowie darüber, welche der Gruppen die regierungsfeindlichen Kräfte vertreten sollten, eine einheitliche, verlässliche und evidenzbasierte Darstellung des Konflikts.

Dennoch liefern 2013 drei Aspekte des Konflikts in Syrien Anhaltspunkt, für weitere Untersuchungen: die Erhebung von Daten zu konfliktrelevanten Ereignissen, die Beschränkung von Waffenlieferungen sowie die Folgen des Einsatzes chemischer Waffen.

Datenerhebung zu konfliktrelevanten Vorfällen in Syrien

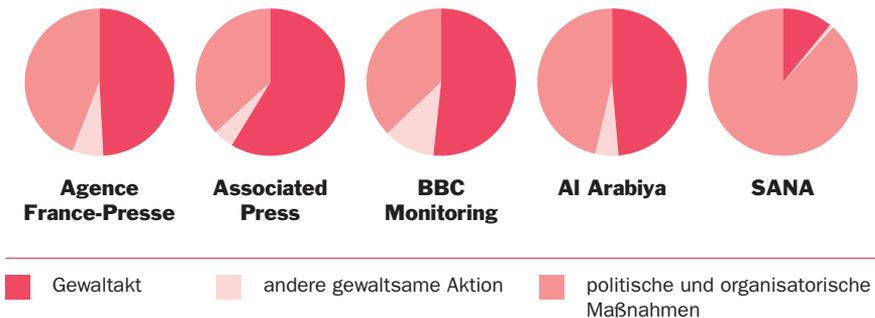
Die größte Schwierigkeit für Konfliktforscher ist es, verlässliche Daten, etwa aus Medienberichten, zu filtern. Angesichts der Komplexität des

syrischen Konflikts bleibt die tendenziöse Berichterstattung eine große Herausforderung, da diese das Sammeln aussagekräftiger Daten erschwert und Forscher wie Politiker über das tatsächliche Geschehen vor Ort falsch informiert werden können. Angesichts der ernststen Folgen des weiteren Versagens von Diplomatie und Politik sowie der Dringlichkeit, die Hauptursachen für den Anstieg der Gewalt besser zu erkennen, ist ein strengeres Vorgehen bei der Datenerhebung erforderlich.

Der exponentielle Anstieg von Beiträgen im Internet und in sozialen Medien bedeutet, dass heutzutage mehr Informationen über den Konflikt öffentlich zugänglich sind. Für Konfliktforscher ist es unerlässlich, diese Quellen in ihren Kodierungsprozess mit aufzunehmen. Im Fall von Syrien wurden soziale Medien zu einer wichtigen Alternative, da herkömmliche Medien strengen staatlichen Kontrollen unterliegen. Dabei müssen Informationen aus unbekanntem Quellen besonders sorgfältig hinsichtlich der Polarisierung von Meinungen in der Informationsübertragung überprüft werden.

Die Anwendung und Entwicklung der Crowdsourcing-Methodik, verbunden mit dem wachsenden Einsatz von Informationstechnologie beim Sammeln und Teilen von Daten, könnte einen neuen Weg in der Erhebung von Daten zu Konfliktereignissen darstellen.

ART BERICHTETER KONFLIKTEREIGNISSE IN SYRIEN, ANGEORDNET NACH MEDIENTYP



Dies wird den politischen Entscheidungsträgern und humanitären Organisationen endlich ein umfassenderes Bild der Realität von Gewalt und politischen Ereignissen vor Ort, wie in Syrien, vermitteln. Gleichzeitig ist Crowd-seeding aber weder ein Patentrezept, um eine einseitige Ausrichtung zu vermeiden, noch eine fehlerfreie Methode.

Beschränkung von Waffenlieferungen nach Syrien

Die verbreitete Ansicht, internationale Waffentransfers müssten kontrolliert werden, damit diese Gewalt und bewaffnete Konflikte nicht weiter verschärften, erhielt 2013 Zuspruch, als eine breite Mehrheit von Staaten den Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT) verabschiedete. Die Annahme des ATT – sowie die Unterstützung der grundlegenden Prinzipien des Vertrags durch Staaten wie Russland und China – wurde allerdings von großen Unstimmigkeiten zwischen den Staaten im Syrienkonflikt begleitet. Angesichts der dortigen groben Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen humanitäres Völkerrecht vertraten die Staaten höchst unterschiedliche Ansichten darüber, ob Waffenlieferungen dazu beitragen könnten, Frieden und Sicherheit in Syrien herzustellen. Selbst innerhalb der Europäischen Union mit ihrer langen Geschichte, Waffenexporte zu beschränken, ihrer vereinheitlichten Waffenausfuhrpolitik sowie ihrer nachdrücklichen Unterstützung des ATT, konnten sich die Staaten nicht über Risiken und Nutzen von Waffenlieferungen an bestimmte bewaffnete Gruppen in Syrien einigen.

Die Bandbreite der Meinungen zu Waffenlieferungen nach Syrien wirft die Frage auf, wie einheitlich der ATT nach seinem Inkrafttreten umgesetzt werden wird. Lehren bezüglich des Risikomanagements von Waffenexporten, wie sie in den Vereinbarungen des ATT getroffen wurden, sind im Falle Syriens problematisch.

Die Staaten halten sich in der Regel bedeckt, was Ziele und Umfang ihrer Waffenlieferungen an die Konfliktparteien in Syrien betrifft.

Folgen von Rüstungskontrollen auf den Einsatz chemischer Waffen in Syrien

Die Ereignisse in Syrien 2013 werden langfristigen Einfluss auf künftige Rüstungskontrollbemühungen haben, auch wenn deren konkrete Folgen noch immer ungewiss und umstritten sind. Unklar ist beispielsweise, wie auf vermeintliche Einsätze chemischer Waffen zu reagieren sei. Die Rüstungskontrollbemühungen in Syrien zeigten eine Entwicklung internationaler Überprüfungs- und Aktionsmaßnahmen, die sowohl partnerschaftliche wie einschränkende Elemente beinhaltete. Institutionen und Regime, die normalerweise nicht miteinander in Verbindung stehen, wie beispielsweise die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO), wurden aufgrund der tiefgreifenden Sorge von Regierungen – insbesondere Russlands und der USA – sowie der internationalen Staatengemeinschaft zusammengebracht. Diese Zusammenarbeit war demnach eine Folge der Verschlechterung der Lage in einem bewaffneten Konflikt, der weitreichende und langfristige Destabilisierungseffekte nach sich gezogen hat.

Insgesamt unterstreichen die Entwicklungen in Syrien die Stärke der internationalen Norm gegen den Besitz und Einsatz chemischer Waffen. Sie zeigten auch strategische und operative Herausforderungen für die Fälle, in denen Rüstungskontrolle in einem Umfeld stattfindet, in dem nicht-staatliche und staatliche Akteure, aus und von außerhalb der Region, in umkämpften oder regierungsfreien Räumen interagieren. Gleichzeitig konnten operative Rückschlüsse gezogen werden, was Verifikationsmaßnahmen unter derartigen Umständen leisten können, und was nicht. ●

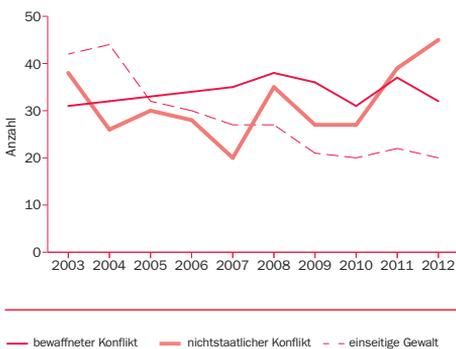


2. BEWAFFNETE KONFLIKTE

In den letzten Jahren ist die Zahl der Todesopfer durch Konflikte mit staatlicher Beteiligung gestiegen. In einigen Weltregionen, insbesondere im Nahen Osten, wurde ein signifikanter Anstieg von Opferzahlen verzeichnet, die auf Kampfhandlungen zurückzuführen sind. Gleichzeitig stieg die Zahl internationalisierter innerstaatlicher Konflikte. Diese Entwicklungen deuten auf einen besorgniserregenden Aufwärtstrend von tödlichen Gewaltkonflikten mit staatlicher Beteiligung hin.

Nach Ende des Kalten Krieges war Intervention, oft auch mit militärischen Mitteln, eine gängige Antwort der internationalen Gemeinschaft auf bewaffnete Konflikte, an denen Staaten beteiligt waren. Dies galt insbesondere für Konflikte mit Auswirkungen auf die regionale oder globale Sicherheit (insbesondere durch internationalen Terrorismus). 2013 gab es jedoch Anzeichen dafür, dass in der westlichen Welt die Anwendung von Gewalt als Mittel gegen Konflikte und terroristische Bedrohungen zunehmend als beschränkt wirkungsvoll und zu kostspielig – sowohl in Hinblick auf finanzielle Kosten und Menschenleben als auch auf das aufzuwendende politische Kapital – erachtet wurde.

ANZAHL DER BEWAFFNETEN KONFLIKTE 2003–2012



Die Behauptungen über den Einsatz chemischer Waffen bei einem Angriff in Damaskus am 21. August 2013 lösten eine grundlegende internationale Debatte über ein militärisches Eingreifen in den Bürgerkrieg in Syrien aus. Weithin gab es Bedenken über die anhaltend hohen Verluste von Menschenleben in Syrien sowie über Berichte, dass der Konflikt gewaltbereiten Gruppen von Dschihadisten als Brutstätte diene und schließlich über Anzeichen für eine wachsende Destabilisierung der Region insgesamt.

Ursprünglich sah es so aus, als würden die USA und wichtige europäische Verbündete einen Militärschlag in Syrien vorbereiten. Nachdem aber in einer Parlamentsabstimmung in Großbritannien ein Militäreinsatz abgelehnt worden war und die Besorgnis stieg, dass der US-Kongress ebenfalls dagegen stimmen könnte, entschied sich die US-Regierung für eine diplomatische Reaktion auf den Einsatz chemischer Waffen und nahm von einer Militärintervention Abstand. Dies wurde allgemein als Wendepunkt in der westlichen Politik hin zu einem wesentlich begrenzteren militärischen Engagement in weltweite Konflikte bewertet.

Mediation und Friedensabkommen

Mediation ist ein wichtiges Mittel, um bewaffnete Konflikte zu lösen. In den vergangenen Jahrzehnten wurden Ansätze der klassischen Diplomatie durch das Aufkommen einer Vielzahl von nicht-staatlichen Akteuren in den Bereichen Mediation oder „Track 2“-Diplomatie ergänzt. Als Folge dieser Bemühungen konnten eine ganze Reihe bewaffneter Konflikte durch Mediation gelöst werden, die häufig zu einem Friedensabkommen führten. In den letzten Jahren ist die Zahl der erreichten Friedensabkommen allerdings spürbar zurückgegangen. Dies lässt befürchten, dass Mediation als Alternative zu militärischen Interventionen bei der Beendigung von Konflikten künftig nur



GLOBAL PEACE INDEX 2013

Der Global Peace Index (GPI), ermittelt vom Institute for Economics and Peace, verwendet 22 Indikatoren, um 162 Staaten gemäß ihres relativen Friedenszustands einzustufen.

Laut GPI waren 2013 West- und Mitteleuropa die weitaus friedlichste Region. Nordamerika wurde als zweitfriedlichste genannt, gefolgt von Ost- und Südostasien sowie Ozeanien. Südostasien wurde als unfriedlichste Region eingestuft.

Rang	Land	Wert	Wechsel
1	Island	1 162	-0,003
2	Dänemark	1 207	-
2	Neuseeland	1 237	+0,003
4	Österreich	1 250	-0,060
5	Schweiz	1 272	+0,013
158	Sudan	3 242	+0,156
159	Irak	3 245	+0,019
160	Syrien	3 393	+0,524
161	Somalia	3 394	-0,092
162	Afghanistan	3 440	+0,075

bedingt angewendet werden könnte, sofern kein neuer, bedeutender Einsatz für Friedensbemühungen erfolgt.

Der UN-Sicherheitsrat in bewaffneten Konflikten mit staatlicher Beteiligung

In Fällen, in denen das Interesse westlicher Mächte an direkter militärischer Intervention nachließ, konnte die UN größere Verantwortung, als Mechanismus zur Prävention und Lösung von Konflikten, übernehmen. Zu den wichtigsten Maßnahmen, die der UN-Sicherheitsrat im Umgang mit Konflikten ergreifen kann, zählen Resolutionen gemäß der Kapitel VI und VII der UN-Charta.

Die Anzahl der Resolutionen zu Konflikten mit staatlicher Beteiligung gibt Aufschluss darüber, welche Aufmerksamkeit der Sicherheitsrat dem Thema beimisst. Je nach Länge und Intensität oder dem Ort des Konfliktgeschehens sowie abhängig von den spezifischen Interessen jedes einzelnen ständigen Sicherheitsratsmitglieds

ergeben sich dabei jedoch große Schwankungen in der Aufmerksamkeit.

Muster organisierter Gewalt 2003–2012

Das Uppsala Conflict Data Program (UCDP) unterteilt organisierte Gewalt weltweit in drei Kategorien gewaltsamer Handlungen: Konflikte mit staatlicher Beteiligung, nicht-staatliche Konflikte und einseitige Gewaltanwendung.

Die Anzahl der Vorfälle organisierter Gewalt, die zum Tod von mindestens 25 Personen innerhalb eines Jahres (der Schwellenwert, um im UCDP erfasst zu werden) führten, war 2012 mit 97 etwas geringer als 2003 mit 111 Vorfällen. Während die Zahl der Konflikte mit staatlicher und der mit nicht-staatlicher Beteiligung in dieser Dekade zunahm, ging gleichzeitig die Anzahl von Vorfällen mit einseitiger Gewaltanwendung kontinuierlich zurück.

In Hinblick auf die Anzahl der Todesopfer durch organisierte Gewalt ergibt sich ein schlechteres Bild. Insbesondere die Entwicklungen bei Konflikten mit staatlicher Beteiligung haben dazu geführt, dass die Zahl der tödlichen Vorfälle organisierter Gewalt von fast 36.000 im Jahr 2003 auf beinahe 46.000 im Jahr 2012 anstieg.

Innerhalb dieses allgemeinen Trends weist jede der drei Formen von Gewalt ihre eigene interne Dynamik auf, die nur bedingt von den anderen Formen beeinflusst wird. Das Gesamtbild ist komplexer, aber es gibt kein klares Anzeichen dafür, dass sich die drei Formen von Gewalt gegenseitig ausgleichen, wie beispielsweise dadurch, dass der Rückgang in einer der Formen zu einem Anstieg in den anderen beiden Formen führen könnte. ●



3. FRIEDENSEINSÄTZE UND KONFLIKTMANAGEMENT

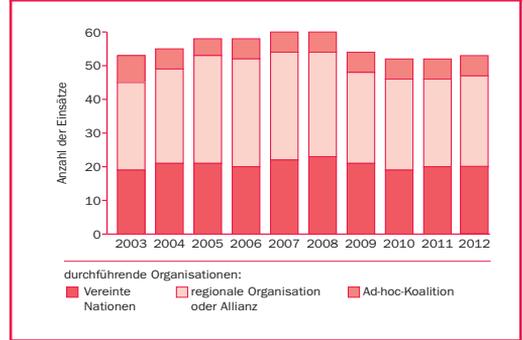
Im Jahr 2013 gab es insgesamt 57 Friedensmissionen, wobei acht neue multilaterale Missionen hinzukamen und vier Missionen beendet wurden. Frankreich, das allein zwei der neuen Einsätze durchführte, rückte sich 2013 bei Friedensmissionen selbst in den Mittelpunkt und bestimmte weitgehend die Agenda.

Dieser Anstieg durchgeführter Friedensmissionen wurde von einem dramatischen Personalabbau – von 233.642 Mitarbeitern 2012 auf 201.239 im Jahr 2013 – begleitet, was hauptsächlich auf die Stellenreduzierungen in den Reihen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force, ISAF) in Afghanistan zurückzuführen ist. Es ist wahrscheinlich, dass die Personalstärke bis 2015 weiter sinken wird. Während ein Teil des Personals bei einer neuen NATO-Mission in Afghanistan bleiben wird und einige europäische Staaten Frankreich bei Einsätzen nach Afrika folgen oder sich an UN-Operationen beteiligen werden, kann dies in der Summe kaum den ISAF-bedingten Personalrückgang ausgleichen.

Friedenssicherung in Afrika

Die internationale Aufmerksamkeit scheint sich von Afghanistan nach Afrika hin zu verlagern, insbesondere auf die Zentralafrikanische Republik, die Demokratische Republik Kongo, Mali, Somalia und Südsudan. Alle acht neuen Friedensmissionen 2013 wurden nach Afrika entsendet und jede von ihnen wurde Teil komplexer Konstellationen von Friedenseinsätzen, Organisationen und Akteuren, die derzeit dort tätig sind. Obwohl seit 2010 die meisten Friedensmissionen in Afrika eingesetzt werden, führte die Absenkung des ISAF-Kontingents im Jahr 2013 dazu, dass, erstmals seit 2008, auch die Personalstärke der Einsätze in Afrika vergleichsweise am höchsten war.

ANZAHL INTERNATIONALER FRIEDENSEINSÄTZE 2004–2013

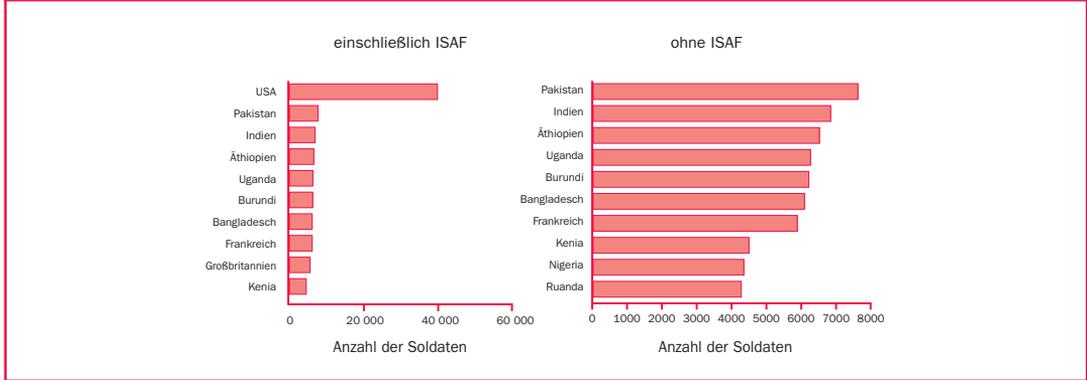


Vier der acht neuen Friedensmissionen von 2013 wurden in Mali, drei in der Zentralafrikanischen Republik und eine in Somalia eingesetzt. Zwei dieser Einsätze standen unter afrikanischer Führung: die Internationale Unterstützungsmission in Mali (International Support Mission to Mali, AFISMA), unter gemeinsamer Führung der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und der Afrikanischen Union (AU), sowie die von der AU geleitete Internationale Unterstützungsmission für die Zentralafrikanische Republik (MISCA). Da Afrika durch die Entsendung eigener Missionen zunehmend mehr Verantwortung für seine eigenen Angelegenheiten übernimmt, wird die Frage wichtiger, ob der Kontinent für diese Aufgaben hinreichend gewappnet ist.

Die Entwicklungen in Afrika im Jahr 2013 sprechen für die Zunahme der Anzahl robusterer Friedenseinsätze, betrachtet man die vorwiegend friedenssichernden und intrusiven Merkmale bestimmter Missionen. Die neue Interventionsbrigade (Force Intervention Brigade, FIB) der UN-Mission für die Stabilisierung in der Demokratischen Republik Kongo (UN Organization Stabilization Mission in the DRC, MONUSCO) sollte laut ihrem Mandat „die Ausbreitung aller bewaffneten Gruppen verhindern, die Gruppen neutralisieren und sie entwaffnen“. Obwohl sie nicht das



DIE ZEHN GRÖSSTEN TRUPPENSTELLERNATIONEN BEI INTERNATIONALEN FRIEDENSEINSÄTZEN 2013



Vokabular der „Aufstandsbekämpfung“ nutzt, war das Mandat der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der UN in Mali (UN Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali, MINUSMA) robuster als gewöhnlich im Rahmen einer UN-Mission. Darüber hinaus hat die UN, in einem beispiellosen Schritt, ihre logistische Unterstützung für die AU-Mission in Somalia (AMISOM) erweitert, um die Fronteinheiten der somalischen Nationalarmee in ihrem Kampf gegen die islamistische Gruppierung Al-Shabaab zu unterstützen. Obgleich umstritten, wurde MONUSCO zur ersten UN-Operation, bei der unbemannte Fluggeräte (UAVs oder Drohnen) zur Überwachung eingesetzt wurden.

Globale Entwicklungen

Der Schutz der Zivilbevölkerung blieb, trotz Schwierigkeiten bei der Umsetzung, ein wichtiges Ziel auf der Agenda multilateraler Friedenseinsätze. Die Interventionsbrigade der UN-Mission MONUSCO zeigte die erneute Bereitschaft, Zivilisten zu schützen und wurde allgemein als Erfolg gefeiert. Die UN-Mission im Südsudan (UN Mission in South Sudan, UNMISS) schützte Ende 2013 Zehntausende südsudanesischen Zivilisten auf ihren Militärbasen, wodurch erste Vergleiche mit den

früheren Schutzzonen in Bosnien-Herzegowina gezogen wurden.

Der UN-Sicherheitsrat konnte sich über kontroverse Themen wie den Einsatz von Streitkräften und Drohnen ad hoc einigen. Strukturell erscheint die sogenannte Hollande-Doktrin – benannt nach dem französischen Präsidenten François Hollande – den Vorstellungen Chinas in puncto Interventionen recht nahe. Gemäß dieser Doktrin sollen kurze und zeitlich begrenzte humanitäre Interventionen unter UN-Mandat stehen und, zusammen mit von einer regionalen Organisation entsandten Truppen, auf Einladung des betreffenden Landes erfolgen. Tatsächlich bestimmten die Operation Serval in Mali und die Operation Sangaris in der Demokratischen Republik Kongo 2013 weitgehend die Agenda des UN-Gremiums.

Da die Spannungen zwischen der AU, der UN und afrikanischen regionalen Organisationen bezüglich der Übergänge in Mali und der Zentralafrikanischen Republik deutlich zunahm, bleibt es jedoch fraglich, ob der Einsatz von Friedensmissionen in komplexen Konstellationen tatsächlich die beste Lösung ist und ob diese beiden Länder als Vorbild für zukünftige Friedensmissionen dienen werden. ●



4. MILITÄRAUSGABEN UND RÜSTUNGSPRODUKTION

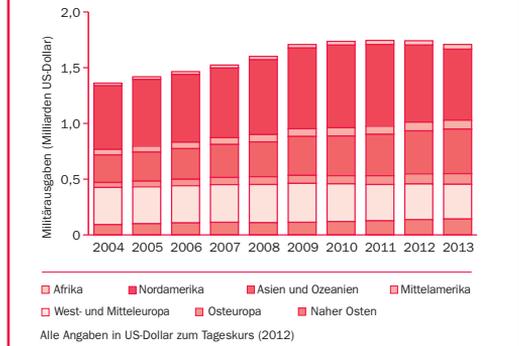
Die weltweiten Militärausgaben lagen 2013 bei schätzungsweise 1.747 Milliarden US-Dollar, was 2,4 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts bzw. 248 US-Dollar pro Person entspricht. Insgesamt bedeutet das einen effektiven Rückgang um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Steigerungen und Kürzungen von Militärbudgets entsprachen 2013 in etwa denen von 2012: Während sich in westlichen Ländern (Nordamerika, West- und Mitteleuropa, Ozeanien) die Ausgaben reduzierten und in Europa die Auswirkungen der Sparpolitik spürbar wurden, nahmen die Ausgaben im Rest der Welt, insbesondere in Afrika und dem Nahen Osten, weiter zu. Die höchsten Militärausgaben entfielen auch 2013 wieder auf die USA, mit großem Abstand gefolgt von China und Russland.

WELTWEITE MILITÄRAUSGABEN 2013

Region	Ausgaben (Mrd. \$)	Veränderung (%)
Afrika	44,9	8,3
Nordafrika	18,7	9,6
Afrika südlich der Sahara	26,2	7,3
Amerika	736	-6,8
Mittelamerika und Karibik	9,6	6,0
Nordamerika	659	-7,8
Südamerika	67,4	1,6
Asien und Ozeanien	407	3,6
Zentral- und Südasien	63,7	1,2
Ostasien	282	4,7
Ozeanien	25,9	-3,2
Südostasien	35,9	5,0
Europa	410	-0,7
West- und Mitteleuropa	98,5	5,3
Osteuropa	312	-2,4
Naher Osten	150	4,0
Welt gesamt	1 747	-1,9

Alle Angaben in US-Dollar zum Tageskurs (2013).

WELTWEITE RÜSTUNGS-AUSGABEN 2004-2013



Die weltweiten Militärausgaben scheinen demzufolge zwei entgegengesetzten Trends zu folgen: Auf der einen Seite sinkende Ausgaben im Westen aufgrund von Einsparungen, im Bemühen, Haushaltsdefizite zu kontrollieren, sowie der Beendigung langer Kriege; auf der anderen Seite Erhöhungen im Rest der Welt infolge von Wirtschaftswachstum, Sicherheitsbedenken, geopolitischen Ambitionen und innenpolitischen Faktoren. Während sich erstere Entwicklung in den nächsten Jahren überholen und es zu einer Konsolidierung oder erneuten Erhöhung der Militärausgaben kommen könnte, sind bei letztgenannter keine Anzeichen für ein Nachlassen in Sicht.

US-Militärausgaben

Die US-amerikanischen Militärausgaben gingen weiter zurück, zum einen bedingt durch den Rückzug amerikanischer Streitkräfte aus dem Irak 2011 und zum anderen infolge des ebenfalls 2011 verabschiedeten Gesetzes zur Budgetkontrolle, das sich auch auf das Basisbudget für Verteidigungsausgaben auswirkte. Während die drohende Haushaltssperre fast das gesamte Jahr 2013 beherrschte, zwischenzeitlich sogar zu einer kurzfristigen Schließung aller Regierungseinrichtungen führte, konnte sich der Kongress Ende des Jahres doch noch einigen und den Gesamthaushalt, einschließlich eines Militär-



budgets, für 2014 verabschieden. Obwohl das ausgehandelte Budget für 2014 die Auswirkungen des Budgetkontrollgesetzes abschwächen wird, dürften die US-Militärausgaben weiter sinken, was insbesondere mit dem anstehenden Abzug aus Afghanistan zusammenhängt.

Militärausgaben im asiatisch-pazifischen Raum

Chinas Militärausgaben bestimmen den seit geraumer Zeit anhaltenden Trend anwachsender Militärausgaben in der asiatisch-pazifischen Region. In den vergangenen Jahren wurde der Anstieg von wachsenden Anspannungen aufgrund von territorialen Auseinandersetzungen im Süd- und Ostchinesischen Meer begleitet. Gleichzeitig ist die Aufmerksamkeit auf die strategische Bedeutung der Region, nicht zuletzt durch den Schwenk der USA auf Asien, gestiegen, während der Aufstieg Chinas das Sicherheitsumfeld weiterhin verändert.

Bedenken über den Aufstieg Chinas sind ein entscheidender Faktor in Hinblick auf die Militärausgaben in der Region. In einigen Ländern, die territoriale Auseinandersetzungen mit China über Seegebiete führen, spielen diese geopolitischen Gründe eine Schlüsselrolle.

Rüstungsproduktion und militärische Dienstleistungen

Sinkende Rüstungsausgaben in den USA und Westeuropa spiegelten sich auch in einer Abnahme der militärbezogenen Verkäufe weltweit um vier Prozent (bezogen auf die Verkaufszahlen der 100 wichtigsten Rüstungsfirmen und militärischen Dienstleister 2012, außer China) wider. Rüstungsverkäufe russischer Firmen stiegen dagegen, als Folge des großangelegten Wiederaufrüstungsprogramms Russlands, stark an. Die größten Firmen in einer Reihe anderer „aufkommender“ Rüstungshersteller wie Brasilien, Südkorea und die Türkei, konnten ihren Umsatz erheblich steigern. So zeichnet sich seit einigen Jahren eine schrittweise Diffusion der Rüstungsindustrie ab,

DIE 10 GRÖSSTEN WAFFEN-PRODUZENTEN WELTWEIT 2012

Firma (Land)	Waffenverkäufe (in Mio. US-Dollar)	Umsatz (in Mio. US-Dollar)
1 Lockheed Martin	36 000	2 745
2 Boeing	27 610	3 900
3 BAE Systems (GB)	26 850	2 599
4 Raytheon	22 500	1 900
5 General Dynamics	20 940	-332
6 Northrop Grumman	19 400	1 978
7 EADS (trans-Europe)	15 400	1 580
8 United Technologies	13 460	5 200
9 Finmeccanica (IT)	12 530	-1 010
10 L-3 Communications	10 840	782

Alle Firmen sind US-amerikanisch, sofern nicht anders vermerkt. Die Umsatzzahlen beinhalten neben militärischen Erträgen auch weitere Firmenaktivitäten.

wobei die traditionellen Rüstungshersteller in den USA und Westeuropa die Rangliste der 100 wichtigsten Rüstungsfirmen nicht mehr allein beherrschen und sich neue Akteure Anteile sichern. Dennoch bleiben die herkömmlichen Rüstungsfirmen marktbeherrschend. ●

DIE BERICHTERSTATTUNG ÜBER MILITÄRAUSGABEN AN DIE UN

Der UN-Bericht über Militärausgaben bleibt eine wichtige Quelle offizieller Daten über Militärausgaben. Allerdings ist die Zahl der UN-Mitgliedsstaaten, die der jährlichen Bitte, Daten zur Verfügung zu stellen, auch 2013 weiter zurückgegangen. Dies mag in einigen Fällen insbesondere daran liegen, dass Militärausgaben als politisch heikel betrachtet werden, jedoch veröffentlichten viele Staaten Angaben über ihre Militäretats für die Öffentlichkeit im Internet. Auch die Tatsache, dass viele Staaten der Anfrage mindestens einmal nachgekommen sind, spricht dafür, dass es weniger an mangelnden Kapazitäten als an fehlendem politischen Willen liegen könnte, dass die Anfrage nicht konsistent beantwortet wird.



5. INTERNATIONALE RÜSTUNGSTRANSFERS

Der Umfang internationaler Transfers von schweren Waffen wuchs zwischen 2004 und 2008 und zwischen 2009 und 2013 um 14 Prozent. Die fünf größten Exporteure – USA, Russland, Deutschland, China und Frankreich – waren zwischen 2009 und 2013 für 74 Prozent der weltweiten Lieferungen verantwortlich. Mit der Ausnahme einiger anderer Regionen waren US-amerikanische und europäische Rüstungsfirmen die führenden Produzenten der letzten 20 Jahre. China war im Zeitraum 2009–2013 der viertgrößte Rüstungszulieferer und konnte sich so als einer der größten Anbieter behaupten.

SIPRI erhebt keine eigenen Daten über den finanziellen Wert von Rüstungstransfers. Dennoch veröffentlichen einige Staaten die entsprechenden Zahlen bezüglich des Werts ihrer Waffenexporte. Basierend auf diesen Angaben schätzt SIPRI den Gesamtwert des weltweiten Handels mit Rüstungsgütern 2012 auf mindestens 58 Milliarden US-Dollar.

Entwicklungen im Rüstungshandel 2013

Eine der aus der Finanzkrise resultierenden Konsequenzen in den waffenproduzierenden Staaten in Europa, Nordamerika und anderen Ländern der Welt war die Reduktion der Militärbudgets. Die resultierende Reduzierung inländischer Anschaffungen hat zusätzlichen Druck auf die waffenproduzierenden Länder erzeugt, was zur Folge hatte, dass Exportanteile der Rüstungsproduktion nur durch die Erschließung neuer Märkte erhöht werden konnten. Regierungen haben die Exporte ihrer staatlichen Rüstungsindustrie seit jeher unterstützt. Viele Großanbieter genießen darüber hinaus auch Unterstützung in Form von direkter Werbung durch die eigene Regierung, Exporterleichterungen oder die Lockerung von Rüstungsexportbestimmungen.

DIE WICHTIGSTEN IMPORTEURE UND EXPORTEURE SCHWERER KONVENTIONELLER WAFFEN 2009–2013

Exporteur	Weltmarktanteil (in%)	Importeur	Weltmarktanteil (in%)
1. USA	29	1. Indien	14
2. Russland	27	2. China	5
3. Deutschland	7	3. Pakistan	5
4. China	6	4. VAE	4
5. Frankreich	5	5. Saudi-Arabien	4
6. Großbritannien	4	6. USA	4
7. Spanien	3	7. Australien	4
8. Ukraine	3	8. Südkorea	4
9. Italien	3	9. Singapur	3
10. Israel	2	10. Algerien	3

Die Kürzungen dortiger Militärbudgets führten auch dazu, dass zwischen 2004 und 2009 sowie 2009 und 2013 deutlich weniger internationale Waffenlieferungen in europäische Länder erfolgten. Dagegen nahmen die Lieferungen nach Asien und Afrika zu. Asien und Ozeanien konnten als Region fast die Hälfte (47%) aller Lieferungen großer Waffen in den Jahren 2009 bis 2013 verzeichnen; und die drei größten Abnehmerländer befanden sich ebenfalls in Asien: Indien, China und Pakistan. Zusammengefasst bestritten die drei Länder 32 Prozent aller Importe. Darüber hinaus zählte 2013 zwei Länder aus dem Nahen Osten erneut zu den fünf Hauptabnehmern: die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien.

Lieferungen ferngesteuerter Langstreckenraketen

Eine bemerkenswerte Entwicklung unter den Großabnehmern ist der Erwerb präzisionsgesteuerter Langstreckenraketen für Bodenangriffe. Diese Waffen verbessern die Fähigkeit eines Staats, kleine Ziele inmitten feindlichen Territoriums zu bedrohen oder anzugreifen, und senken gleichzeitig das Risiko,



das eigene Militärpersonal oder die eigenen Militärbasen in Gefahr zu bringen.

Im Zeitraum 2004–2013 kauften oder bestellten 16 Staaten ferngesteuerte Raketen mit einer Reichweite von über 200 km, acht Länder exportierten diese Art von Waffen. Die Proliferation ferngesteuerter Langstreckenraketen gibt Anlass zu verschiedenen Sorgen: Das regionale Gleichgewicht bezüglich konventioneller und atomarer Waffen könnte gestört, Rüstungswettläufe angezettelt, militärische Eskalationen erreicht, zwischenstaatliche Krisen verschärft und die Kriegsgefahr verstärkt werden. Trotz internationaler Vereinbarungen zur Kontrolle der Verbreitung ballistischer Waffen sind die wichtigsten Lieferländer dazu bereit, ferngesteuerte Raketen auch in Länder zu exportieren, in denen hohe innerstaatliche Spannungen herrschen oder sogar in solche, die über Atomwaffen verfügen.

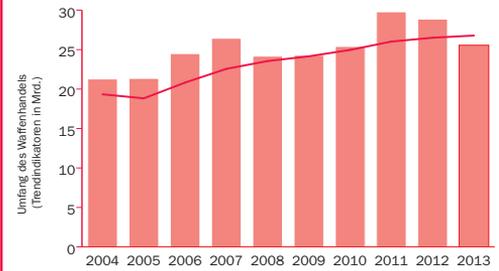
Transparenz bei Rüstungstransfers

Offizielle und öffentlich zugängliche Daten über Rüstungstransfers sind wichtig für eine Beurteilung der Rüstungsexporte, die Rüstungsgüterbeschaffung und die Verteidigungspolitik eines Staates. Die Veröffentlichung von Daten zu Rüstungskäufen und -verkäufen ist allerdings für nahezu alle Staaten eine höchst sensible Angelegenheit.

In Hinblick auf die Transparenz von Rüstungstransfers war 2013, wie bereits 2012, ein enttäuschendes Jahr. Zwar gaben 2013 mehr Staaten Informationen über ihre Waffenimporte und -exporte an das UN-Register für konventionelle Waffen (United Nations Register of Conventional Arms, UNROCA) weiter, die Anzahl blieb insgesamt jedoch weiterhin niedrig.

In den letzten fünf Berichtsjahren (2008–2012) haben einige der zehn wichtigsten Lieferanten schwerer konventioneller Waffen nicht jährlich an UNROCA berichtet und einige der wichtigsten Importeure haben in diesen fünf

ENTWICKLUNG DES HANDELS MIT SCHWEREN KONVENTIONELLEN WAFFEN 2004–2013



Balkendiagramm: jährliche Summe; Liniendiagramm: Veränderungen im Fünfjahresdurchschnitt (angezeigt im letzten Jahr jeder Fünfjahresperiode).

Jahren überhaupt keine Informationen übermittelt. Darüber hinaus blieb die Beteiligung einiger Regionen insgesamt gering; so berichtete aus dem Nahen Osten nur ein einziger Staat, aus Afrika waren es gerade zwei.

Seit den frühen 1990er Jahren haben immer mehr Regierungen staatliche Berichte veröffentlicht, in denen sie Details zu ihren Rüstungsexporten darlegten. Bis zum Januar 2014 hatten 35 Staaten seit 1990 mindestens einen solchen Bericht veröffentlicht, darunter 32 Staaten, die dies erst in den letzten fünf Jahren (2009–2013) umgesetzt haben. 23 hatten seit der Veröffentlichung eines ersten Berichts jährlich über nationale Rüstungsexporte informiert und entsprechende Jahresberichte publiziert. 2013 lieferte kein Staat einen Bericht zu Rüstungsexporten, der dies bisher nicht getan hatte. Drei der zehn führenden Staaten, die schwere Waffen exportieren, haben noch nie einen Bericht veröffentlicht: China, Israel und Russland. ●



6. ATOMSTREITKRÄFTE WELTWEIT

Anfang 2014 waren neun Staaten – die USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea – im Besitz von schätzungsweise 4.150 einsatzbereiten Atomwaffen. Ungefähr 1.800 davon werden in höchster Einsatzbereitschaft gehalten und sind kurzfristig für einen Einsatz bereit. Berücksichtigt man alle nuklearen Sprengköpfe – darunter einsatzbereite Sprengköpfe und Ersatzteile in aktiver und inaktiver Lagerung sowie intakte Sprengköpfe, die zur Demontage vorgesehen sind –, so besitzen die genannten Staaten zusammen ungefähr 16.350 Atomwaffen. Zu Beginn des Jahres 2013 waren es im Vergleich dazu noch 17.270.

Nuklearbestände

Die Summe nuklearer Sprengköpfe nimmt weltweit ab, hauptsächlich weil die USA und Russland fortführen, ihre Nukleararsenale, gemäß dem 2010 geschlossenen Vertrag über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivaffen (Neuer START-Vertrag) und infolge einseitiger Reduktionen, zu verkleinern. Russland und die USA verfügen gemeinsam über mehr als 90 Prozent der globalen Bestände an Atomwaffen. Allerdings scheint sich die Geschwindigkeit ihrer Bestandskürzungen, verglichen mit der

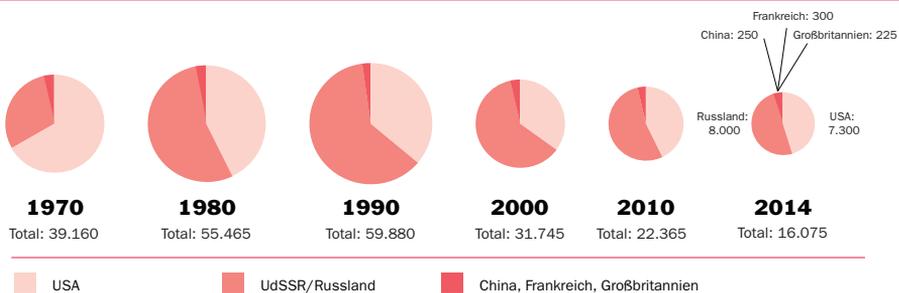
Land	einsetzbare Sprengköpfe	andere Sprengköpfe	gesamtes Inventar
USA	2 100	5 200	~7 300
Russland	~1 600	~6 700	~8 500
Großbritannien	160	~65	~225
Frankreich	~290	~10	~300
China	–	~250	~250
Indien	–	90–110	90–110
Pakistan	–	100–120	100–120
Israel	–	~80	~80
Nordkorea	6–8
gesamt	~4 150	~12 200	~16 350

Alle Werte beruhen auf Schätzungen, Stand Januar 2014.

vergangenen Dekade, zu verlangsamen. Zur selben Zeit haben die fünf bislang offiziell anerkannten Atomwaffenstaaten – laut Definition des 1968 geschlossenen Atomwaffenvertrags sind dies China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA – neue Trägersysteme für Atomwaffen stationiert oder Programme dazu angekündigt. Alle fünf Staaten scheinen entschlossen, ihre Atomwaffenlager auf unbestimmte Zeit zu behalten.

Die nuklearen Bestände der anderen Atomwaffenmächte sind erheblich kleiner. Allerdings

ATOMSTREITKRÄFTE DER FÜNF RECHTLICH ANERKANNTEN ATOMWAFFENSTAATEN 1970–2014



entwickeln Indien und Pakistan weiterhin neue Trägersysteme für Atomwaffen und bauen ihre Kapazitäten zur Herstellung von Spaltmaterial für militärische Zwecke weiter aus. Derzeit gilt als Konsens unter Experten, dass Nordkorea eine kleine Anzahl an Atomwaffen besitzt, die sich von primitiven Nuklearsprengkörpern unterscheiden. Im Jahr 2013 führte Nordkorea eine dritte nukleare Testexplosion durch und bekräftigte die zentrale Rolle von Atomwaffen für seine nationale Sicherheitsstrategie.

Die Verlässlichkeit von Informationen zum Status von Atomwaffenbeständen und Fähigkeiten einzelner Nuklearwaffenstaaten variiert erheblich. Die USA haben wichtige Informationen über ihre Bestände und Streitkräfte offengelegt, auch Frankreich und Großbritannien haben einige Informationen bekanntgegeben. Russland verweigert eine detaillierte Aufstellung seiner Streitkräfte, die unter den Neuen START-Vertrag fallen, teilt diese Informationen jedoch vertragsgemäß direkt mit den USA. Die US-Regierung hat die Veröffentlichung detaillierter Informationen über chinesische und russische Atomwaffen inzwischen eingestellt.

Sowohl die indische als auch die pakistanische Regierung veröffentlichten Erklärungen über einige ihrer Raketentests, jedoch keine Informationen zu Status oder Größe ihrer Bestände. Israel äußert sich grundsätzlich nicht zu seinen weithin vermuteten Beständen an Atomwaffen, und Nordkorea liefert keine Informationen zu seinem Nuklearpotential.

Geschätzte Anzahl nuklearer Explosionen zwischen 1945–2013

Am 12. Februar 2013 führte Nordkorea seinen dritten Atomwaffentest durch. Die meisten Schätzungen gehen davon aus, dass diese Explosion zwischen fünf und 16 Kilotonnen Sprengkraft freigesetzt hat. Seit 1945 sind mittlerweile 2.055 Nuklearexplosionen bekannt, die von acht Staaten durchgeführt wurden: USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich,

WELTWEITE BESTÄNDE SPALTBAREN MATERIALS 2013

Materialien, die eine explosive Kernspaltungsreaktion aufrechterhalten können, sind für alle Arten von Kernwaffen, angefangen bei der ersten Generation von Spaltbomben bis hin zu hoch entwickelten thermonuklearen Waffen, essentiell. Die gängigsten dieser spaltbaren Materialien sind hochangereichertes Uran (englisch: highly enriched uranium, HEU) und Plutonium.

China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA haben für ihre Atomwaffen sowohl hochangereichertes Uran als auch Plutonium produziert; Indien, Israel und Nordkorea produzierten in erster Linie Plutonium und Pakistan hauptsächlich hochangereichertes Uran. Alle Staaten mit einer zivilen Atomindustrie sind in der Lage, spaltbare Materialien zu produzieren.

Das *International Panel on Fissile Materials* (IPFM) stellt Informationen zu globalen Beständen spaltbaren Materials zusammen.

Globale Bestände, 2013	
Hochangereichertes Uran	ca. 1 285 Tonnen*
Gespaltenes Plutonium	
Militärbestände	ca. 224 Tonnen
zivile Bestände	ca. 268 Tonnen

* schließt 61 Tonnen aus, die zur Anreicherung vorgesehen sind

China, Indien, Pakistan und Nordkorea. Diese Summe beinhaltet Nukleartests im Rahmen von Atomwaffentestprogrammen, Explosionen für friedliche Zwecke und die beiden auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben im August 1945.

Der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT), der noch nicht in Kraft getreten ist, würde die Durchführung jeglicher Nuklearsprengungen verbieten. ●



7. ATOMARE RÜSTUNGSKONTROLLE UND NICHTVERBREITUNG

Befürchtungen einer nuklearen Verbreitung im Iran

2013 konnten in internationalen Bemühungen erfreuliche Fortschritte erzielt werden, um die lang andauernde Kontroverse über den Umfang und die Natur des iranischen Atomprogramms zu lösen. Im November führten Verhandlungen zwischen Iran und den P5+1-Staaten – die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA sowie Deutschland – zu einem Interimsabkommen als einem ersten Schritt zu einer langfristig umfassenden Vereinbarung, um zu gewährleisten, dass das iranische Atomprogramm einzig zu friedlichen Zwecken genutzt werden kann. Der Iran stimmte im Rahmen des sechsmonatigen Interimsabkommen einer Reihe praktischer Maßnahmen zu, die als Folge die Beschränkung seines Urananreicherungsprogramms und ein Projekt zum Schwerwasserreaktor vorsehen. Im Austausch dafür wird der Iran von bestimmten Finanz- und Handels-sanktionen von Seiten der USA und der EU entlastet.

Anfang November 2013 hatten der Iran und die Internationale Atomenergiebehörde (International Atomic Energy Agency, IAEA) eine Rahmenkooperationsvereinbarung unterzeichnet, um die Transparenz des iranischen Atomprogramms zu erhöhen. Die Vereinbarung umfasste eine Reihe ursprünglicher Unternehmungen seitens des Irans, um der IAEA weitere Informationen über und besseren Zugang zu seinen Nuklearstandorten und kerntechnischen Anlagen zu geben. Die Vereinbarung über Maßnahmen zur Vertrauensbildung und Transparenz galt als Weichenstellung, damit das IAEA seine Ermittlungen aufnehmen konnte, um Behauptungen, der Iran habe mit seinen nuklearen Aktivitäten militärische Absichten

verfolgt und so gegen Vereinbarungen des Atomwaffensperrvertrags von 1968 verstoßen, zu überprüfen.

Der vorläufige Durchbruch in beiden Verhandlungen, die zwar unabhängig voneinander geführt wurden, aber eng miteinander zusammenhängen, konnte die eklatanten Gegensätze bezüglich der Art der iranischen Atomenergierechte gemäß NPT oder die Zukunft um Aktivitäten seines sensiblen nuklearen Brennstoffkreislaufs nicht lösen. Dadurch konnten jedoch Spekulationen abgemildert werden, dass einige Staaten, insbesondere Israel, versucht sein könnten, eigene Maßnahmen, eventuell gar einen militärischen Präventivschlag, gegen ein vermeintliches iranisches Atomwaffenprogramm, auszuführen. Die Vereinbarungen stärkten außerdem die Glaubwürdigkeit internationaler rechtlicher Ansätze, einschließlich Sanktionen des UN-Sicherheitsrats, mit mutmaßlichen oder bekannten Fällen, in denen Staaten wichtige Rüstungskontrollabkommen und -normen gebrochen hätten, umgehen zu können.

Das Atomprogramm Nordkoreas

2013 verschärfte sich die Spannungen über das Atomprogramm Nordkoreas deutlich, bevor sie danach schrittweise wieder abklungen. Im Februar führte Nordkorea einen dritten Atomwaffentest durch, bei dem nach eigenen Angaben eine leichtere und kompaktere Konstruktion eines nuklearen Sprengkopfs getestet wurde. Die Verurteilung des Tests seitens des UN-Sicherheitsrats wurde von Nordkorea zurückgewiesen; eine Reihe von nordkoreanischen Provokationen folgten, die die Gefahr eines militärischen Konflikts mit den USA oder Südkorea aufkommen ließen. Im Laufe des Jahres erneuerte die Führung Nordkoreas ihre Absicht, Atomwaffen als wichtigen Teil ihrer „Militär-zuerst“-Politik auch langfristig behalten zu wollen. Eine entsprechende



Strategie zum Ausbau und zur Verbesserung der nuklearen Streitkräfte des Landes wurde verabschiedet. Das Jahr endete mit wenig Hoffnung, die ins Stocken geratenen Sechsparteiengespräche wieder aufzunehmen. Diese hatten zum Ziel, Nordkorea zur Aufgabe seiner Atomwaffenbestände im Gegenzug zu internationaler Hilfe bewegen zu können.

Russisch-amerikanische Zusammenarbeit zur Verringerung atomarer Risiken

Russland und die USA vereinbarten 2013 ein bilaterales Abkommen, das vor dem Hintergrund des Programms für kooperative Maßnahmen zum Abbau von Bedrohungspotentialen (Cooperative Threat Reduction, CTR) den bislang bestehenden rechtlichen Rahmen über nukleare Sicherheit und Abrüstungsunterstützungsmaßnahmen in Russland ersetzt. Das US-finanzierte CTR-Programm hat seit 1992 in Russland immer weitere Aufgaben übernommen, darunter die Demontage strategischer Atomwaffen, die Vernichtung chemischer Waffen aus der Sowjetära sowie die Sicherung und zuverlässige Verwahrung nuklearen Materials. Indem wichtige Bestandteile des CTR-Programms zurückgefahren oder eingestellt werden, deutet das neue Abkommen darauf hin, dass die russisch-amerikanischen Beziehungen sich nun stärker zu einer gleichberechtigten Partnerschaft entwickeln sollen.

Multilaterale Abkommen und Initiativen zur atomaren Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

2013 wurde zunehmende internationale Frustration spürbar, dass in Hinblick auf die multilaterale Agenda zur atomaren Abrüstung kaum Fortschritte erzielt wurden. Viele Punkte blieben offen, insbesondere der Fortgang der Verhandlungen über den lange Zeit blockierten Vertrag über das Verbot zur Herstellung von spaltbarem Material für Waffenzwecke (Fissile Material Cut-off Treaty, FMCT) und auch der

noch immer nicht in Kraft getretene Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT) von 1996. Allerdings erhielten Bemühungen um einen alternativen internationalen Dialog über nukleare Abrüstung, der vor allem die humanitären Auswirkungen von Atomwaffen in den Vordergrund rückte, im Laufe des Jahres Auftrieb.

Die norwegische Regierung richtete eine große internationale Konferenz über die humanitären Auswirkungen von Atomwaffen aus, die die globalen und langfristigen Folgen jeglicher atomaren Detonation – sei sie Folge eines Unfalls oder aus Absicht – aus verschiedenen Blickwinkeln und Sicherheitsbedenken wie öffentlicher Gesundheit, wirtschaftlicher Entwicklung, Nahrungsmittelsicherheit oder Umweltfragen untersucht. Darüber hinaus berief die UN-Vollversammlung 2013 erstmals eine zeitlich unbefristete Arbeitsgruppe, die Vorschläge für internationale Verhandlungen über nukleare Abrüstung ausarbeiten soll.

Die Diskussion über die Idee einer internationalen Konferenz zur Einrichtung einer atom- und massenvernichtungsfreien Zone im Nahen Osten blieb 2013 kontrovers. Die Entscheidung zu dieser Konferenz war 2010 auf der Konferenz zur Überprüfung des NPT getroffen worden, in Übereinstimmung mit der Resolution zum Nahen Osten auf der Konferenz zur Überprüfung und Verlängerung des NPT 1995. 2013 führte die anhaltende Blockade hinsichtlich der Terminfindung dazu, dass Ägypten in einem symbolischen Protest das Vorbereitungscommittee für die Konferenz zur Überprüfung des NPT 2015 verließ. ●



8. VERRINGERUNG DER SICHERHEITSBEDROHUNGEN DURCH CHEMISCHE UND BIOLOGISCHE MATERIALIEN

Kontrolle chemischer Waffen und Abrüstung

2013 setzten die Staaten ihre Bemühungen fort, Strategien zu entwickeln, die die Effekte eines möglichen Missbrauchs toxischer Chemikalien und biologischer Materialien zu verhindern und zu beseitigen suchen. Einige dieser Aktivitäten wurden im Kontext von Maßnahmen zur Förderung ökologischer und menschlicher Gesundheit durchgeführt, während andere im Bereich von Sicherheit und Verteidigung stattfanden. Die wichtigsten Rechtsinstrumente, die gegen chemische und biologische Kriegsführung (Chemical and Biological Warfare, CBW) angewendet werden, sind das Chemiewaffenübereinkommen (Chemical Weapons Convention, CWC) von 1993 sowie das Bio- und Toxinwaffenübereinkommen (Biological and Toxin Weapons Convention, BTWC) von 1972. Sie informieren über die Berücksichtigung von CBW-Bedrohung und Reaktionen, das Verständnis vergangener Programme, die Beschuldigungen des Gebrauchs von

ALTE UND AUFGEGBENE CHEMISCHE WAFFEN

Stand: 31. Dezember 2013

- Vier Länder gaben bekannt, dass sich aufgegebene chemische Waffen (Abandoned Chemical Weapons, ACW) auf ihrem Staatsgebiet befänden
- 15 Länder haben den Besitz alter chemischer Waffen (Old Chemical Weapons, OCW) seit Inkrafttreten des CWC deklariert
- OCW-Vernichtungsmaßnahmen wurden in Belgien, Kanada, Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien durchgeführt
- Schätzungsweise 75 Prozent der 50.000 in China sichergestellten ACW wurden vernichtet

biologischen oder chemischen Waffen, die Eigenschaft möglicher Bereitschaftsprogramme und die Bemühungen darum, zu gewährleisten, dass Wissenschaft und Technologie nicht für feindliche Zwecke oder Kriegsmethoden missbräuchlich verwendet werden.

Syrien

Die signifikantesten Entwicklungen in Hinblick auf Sicherheitsbedrohungen durch chemisches oder biologisches Material gab es 2013 in Syrien. Nach dem Bekunden der syrischen Regierung 2012, chemische Waffen zu besitzen, führten 2013 eine Reihe von zunehmend ernsten Vorwürfen, Bedrohungen durch eine Militärintervention und das Bemühen um internationale Beobachtung zu einem internationalen Inspektionsteam – dessen Arbeit unter der Federführung des UN-Generalsekretär stattfindet –, das nach Syrien einreiste. Der Bericht des Inspektionsteams, der den Gebrauch chemischer Waffen im Bürgerkrieg – ohne Berücksichtigung dessen, welche der Seiten sie genutzt hatte – bestätigte, führte dazu, dass Syrien dem CWC beitrug.

Als CWC-Mitglied gab Syrien eine formale Erklärung über seinen Bestand an chemischen Waffen ab und erreichte eine Einigung über deren Entfernung vom syrischen Staatsgebiet sowie deren Zerstörung. Ein facettenreicher und ausufernder Verifikationsaufwand wurde auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung betrieben, die neben dem UN-Büro für Abrüstungsfragen (UN Office for Disarmament Affairs, UNODA), die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons, OPCW), die Weltgesundheitsorganisation und andere Gremien, inklusive staatlicher Laboratorien, mit einbezogen. Trotzdem setzte die syrische Regierung fort, den Einsatz chemischer Waffen zu leugnen und erwähnte in ihrer Eingangserklärung, dass keine der beiden Waffentypen, die von den internationalen Inspektoren



identifiziert wurden, am 21. August 2013 in Ghouta genutzt worden waren.

Rüstungskontrolle und Abrüstung von chemischen Waffen

Die dritte Überprüfungskonferenz des CWC und die 18. Konferenz der Vertragsstaaten erlangten große Bedeutung, zum einen infolge der sich zuspitzenden Lage in Syrien, zum anderen wegen der Entscheidung der USA, auf ein militärisches Eingreifen zu verzichten, sollte Syrien die vorhandenen Bestände kontrolliert beseitigen.

Die US-amerikanische Administration hatte in den vorhergehenden Monaten wiederholt zu verstehen gegeben, dass für sie der Einsatz chemischer Waffen in diesem Konflikt eine „rote Linie“ darstellen und zu „ernsten Konsequenzen“ führen würde – so verstanden als militärisches Eingreifen.

Im Jahr 2013 gewann die OPCW den Friedensnobelpreis „für ihre umfassenden Bemühungen, chemische Waffen zu beseitigen“.

Rüstungskontrolle und Abrüstung von biologischen Waffen

Die Vertragsstaaten des BTWC trafen sich 2013 zweimal in einer Reihe von vier Experten- und Mitgliedertagungen, die 2011 auf der siebten Überprüfungskonferenz vereinbart worden waren. Die Treffen fokussierten sich auf wissenschaftliche und technische Entwicklungen und auf vertrauensbildende Maßnahmen sowie insbesondere darauf, ob und wie die Zustimmung der Vertragsstaaten mit der Konvention eingerichtet werden könnte.

Überblick über zivile und militärische Forschung in den Biowissenschaften

Die Entwicklungen in der zivilen und militärischen Forschung in den Biowissenschaften – letzteres verstanden als wissenschaftliche Forschung mit potentieller militärischer Verwendung – beinhalteten

ZERSTÖRUNG CHEMISCHER WAFFEN

Stand: 31. Dezember 2013

- Irak, Libyen, Syrien, Russland und die USA haben die Vernichtung ihrer Bestände an chemischen Waffen noch nicht abgeschlossen
- 58.528 Tonnen (81%) Kampfstoffe der Kategorie I der deklarierten chemischen Waffen wurden nachweislich zerstört
- 14 Staaten haben 96 ehemalige Produktionsstätten für chemische Waffen deklariert
- 43 dieser Einrichtungen wurden zerstört, 22 zur Nutzung für friedliche Zwecke umgewandelt

die Beendigung des langjährigen russisch/US-amerikanischen Programms für kooperative Maßnahmen zum Abbau von Bedrohungspotentialen (Cooperative Threat Reduction, CTR), das darauf abzielte, biologische Bedrohungspotentiale zu reduzieren.

Forscher, die ein neues Botulinum Neurotoxin entdeckten, entschieden sich 2013 dazu, die Sequenzdaten in eine öffentliche Lagerstätte für Nukleotidsequenzen zu geben, bis ein wirksames Antitoxin entwickelt worden ist, da dieses Toxin ein ernsthaftes Risiko für die öffentliche Gesundheit bergen könnte. Das Bedrohungspotential, das eine öffentliche Verfügbarkeit einer solchen Nukleotidsequenz darstellen könnte, wurde durch die Ankündigung eines Projekts verdeutlicht, in dessen Rahmen ein biologisches Äquivalent eines dreidimensionalen Druckers entwickelt werden soll, der wiederum dazu genutzt werden könnte, pathogenetische Mikroorganismen zu sequenzieren. ●



9. KONVENTIONELLE RÜSTUNGSKONTROLLE UND MILITÄRISCHE VERTRAUENSBILDUNG

Rüstungskontrolle hat stets auf Veränderungen im Sicherheitsumfeld reagiert und war unter anderem bestrebt, das Verhalten nicht-staatlicher Akteure zu regulieren sowie die Verwendung neuer Technologien für militärische Zwecke zu beschränken. Der Bereich des Gebrauchs von legalen Beschränkungsmaßnahmen reicht schon jetzt weit über die Objekte hinaus, die man traditionellerweise als Waffen definieren würde. Die verschiedenen Rahmenbedingungen für Beschränkungen, die bislang erstellt oder diskutiert wurden, sind nicht auf Abkommen oder Konventionen begrenzt. Politisch bindende vertrauensbildende Maßnahmen beabsichtigen, den verantwortungsvollen Gebrauch von Informations- und Kommunikationstechnologie zu unterstützen und einen gemeinsamen ethischen Code hinsichtlich eines potentiellen Missbrauchs neu entstehender Technologien auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz und Robotik zu erarbeiten.

Im September 2013 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 2117 – sein erster Text, der ausschließlich dem Thema kleiner und leichter Waffen gewidmet war. Während der Präsentation der Resolution hob UN-Generalsekretär Ban Ki-moon die humanitären Auswirkungen kleiner Waffen hervor – eine Thematik, die sich in den Interventionen vieler Staaten und internationaler Organisationen, die an der Debatte beteiligt waren, widerspiegelte.

Humanitäre Rüstungskontrolle

Rüstungskontrolle unter besonderer Berücksichtigung des internationalen humanitären Völkerrechts ist ein interessantes Feld. Die allgemeine Teilhabe an Übereinkünften zur humanitären Rüstungskontrolle ist bisher

gering. Hinzu kommt, dass jene Staaten, die solchen Übereinkünften beigetreten sind, Mühe haben, diese in die Tat umzusetzen.

Einige Staaten, die dem 1997 geschlossenen Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (Anti-Landminen-Konvention) beigetreten sind, kommen den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen nicht nach. Andere hingegen verlangen danach, die Fristen zur Erfüllung der Auflagen zu verlängern.

Die Beteiligung am 2008 geschlossenen Übereinkommen über Streumunition (Convention on Cluster Munition, CCM) wurde 2013 durch fünf Länder erweitert und sieben weitere Länder gaben Erklärungen ab, sich daran zu beteiligen, sobald die hierfür notwendigen innerstaatlichen Mechanismen etabliert seien.

Das Bedrohungspotential durch improvisierte Sprengvorrichtungen zu verringern, ist anspruchsvoll und durch traditionelle Rüstungskontrollansätze schwer zu bewerkstelligen. Die rücksichtslose Nutzung von improvisierten Sprengvorrichtungen hat ernste humanitäre Konsequenzen. Die Staaten diskutierten, wie man nicht-staatlichen Akteuren den Zugang zu wichtigen Materialien und Elementen, die zur Konstruktion von improvisierten Sprengsätzen benötigt werden, verwehren könne.

Kontrolle von autonomen Waffen

Die Staaten begannen 2013 damit, darüber zu diskutieren, wie neu entstehende Technologien reguliert werden können, um sicherzustellen, dass sie nicht zu einem untragbaren Risiko für die Prinzipien des humanitären Rechts oder der Menschenrechte werden.

Die Frage nach der Regulierung von vollautonomen Waffen und deren Umsetzung wurde im Rahmen des CCW-Übereinkommens (Convention on Certain Conventional Weapons, CCW Convention) und der Generalversammlung



des UN-Menschenrechtsrats diskutiert. Ende 2013 haben die CCW-Teilnehmerstaaten vereinbart, dass eine mehr fokussierte Diskussion über vollautonome Waffen ein formaler Part in ihrem Arbeitsprogramm 2014 werden wird.

Vertrauensbildende Maßnahmen für Informations- und Kommunikationstechnologien

Im Dezember 2013 vereinbarten die Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen zu entwickeln, die das Risiko minimieren sollen, dass eine verdächtige Aktivität im Cyberspace missverständlich als feindliche Handlung aufgefasst werden könnte. Die OSZE-Vereinbarung, vertrauensbildende Maßnahmen für Informations- und Kommunikationstechnologien anzuwenden, ist die erste ihrer Art weltweit. Das erklärte Ziel der OSZE-Mitgliedsstaaten ist es, basierend auf Prinzipien für verantwortungsvolles Staatenhandeln im Cyberspace, internationales Verständnis zu fördern und an einer Vereinbarung zur Stärkung der Regeln internationaler Gesetzgebung mitzuwirken. Gleichzeitig setzten viele OSZE-Mitgliedsstaaten ihre Bemühungen fort, innerstaatliche Kompetenzen in Hinblick auf die Durchführung von Operationen im Cyberspace weiterzuentwickeln.

Europäische Debatten und Diskussionen um konventionelle Rüstungskontrolle

In Europa wurden Bedenken laut, ob die konventionellen Rüstungskontrollvereinbarungen, die – in Verbindung mit politischen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen – in den 1990er Jahren erzielt wurden, noch ausreichen, um die Vorhersehbarkeit militärischen Verhaltens zu gewährleisten und das Vertrauen zu fördern,

dass Streitkräfte einzig für legitimierte Verteidigungszwecke existierten.

2013 äußerten Mitglieder der NATO sowie Russland und weitere europäische Staaten die Sorge, dass militärische Übungen, die in direkter Nähe zur gemeinsamen Grenze zwischen den NATO-Verbündeten, Russland und Belarus durchgeführt werden, Fragen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf aktuelle militärische Planungen aufwerfen könnten. Die entstehenden Muster militärischer Übungen könnten demnach nicht länger mit dem gemeinsamen Ziel übereinstimmen, Europa sicherer und friedlicher machen zu wollen. ●



10. DOPPELVERWENDUNGSFÄHIGE GÜTER UND WAFFENKONTROLL-SYSTEME

2013 gab es einen großen Erfolg in den weltweiten Bemühungen, die Handelskontrollen für konventionelle Waffen zu verstärken, indem sich die UN-Generalversammlung, nach sechs-jährigen Verhandlungen, auf den Text des Waffenhandelsvertrags einigen konnte. Die multilateralen Bemühungen auf dem Gebiet der doppelverwendungsfähigen Handelskontrolle waren zwar nicht durch ähnliche wegweisende Entwicklungen gekennzeichnet, folgten aber der inkrementellen Entwicklung der letzten Jahre.

Der Waffenhandelsvertrag

Die Abschlusskonferenz des Waffenhandelsvertrags endete im März 2013 zunächst damit, dass der Iran, Nordkorea und Syrien einen Konsens blockierten. Anschließend wurde der Entwurf des Vertragstexts in der UN-Generalversammlung einer Abstimmung unterzogen, wobei 155 Staaten dafür, drei dagegen stimmten (Iran, Nordkorea und Syrien) und 22 sich der Stimme enthielten. Die Annahme des Vertragstexts war das Ergebnis weltweiter Bemühungen, einen Konsens hinsichtlich eines internationalen Vertrags zu erreichen, um den „höchstmöglichen gemeinsamen internationalen Standard für den Handel mit konventionellen Waffen“ zu erreichen. Der Waffenhandelsvertrag tritt in Kraft, sobald ihn 50 Länder ratifiziert haben. Bis zum 31. Dezember 2013 hatten 115 Staaten, darunter auch die USA, den Vertrag unterzeichnet, neun Staaten hatten ihn ratifiziert.

Der Waffenhandelsvertrag ist die erste internationale vertragliche Vereinbarung, die zugleich die Vermittlung, den Transit und den Export konventioneller Waffen erfasst. Einige Vertragsartikel betreffen auch Teile, Komponenten und Munition. Der Waffenhandelsvertrag beinhaltet zudem einen Informationsaustausch bezüglich verschiedener Aspekte des Vertrags,

MULTILATERALE WAFFENEMBARGOS, DIE 2013 IN KRAFT WAREN

Vereinte Nationen (14 Embargos)

- Al-Qaida und assoziierte Personen und Einrichtungen
- Demokratische Republik Kongo (NRT)
- Elfenbeinküste
- Eritrea
- Iran
- Irak (NRT)
- Nordkorea
- Libanon (NRT)
- Liberia (NRT)
- Libyen (NRT)
- Somalia
- Sudan (Darfur)
- Taliban
- Zentralafrikanische Republik

Europäische Union (21 Embargos)

- Umsetzung von UN-Embargos (10):
- Al-Qaida, die Taliban sowie assoziierte Personen und Einrichtungen
 - Demokratische Republik Kongo (NRT)
 - Elfenbeinküste
 - Eritrea
 - Irak (NRT)
 - Libanon (NRT)
 - Liberia (NRT)
 - Libyen (NRT)
 - Somalia (NRT)
 - Zentralafrikanische Republik

Anpassung an UN-Embargos (3):

- Iran
- Nordkorea
- Sudan

Embargos ohne UN-Beteiligung (8):

- Ägypten
- Belarus
- China
- Guinea
- Myanmar
- Simbabwe
- Südsudan
- Syrien

Arabische Liga (1 Embargo)

- Syrien

NRT = Nichtregierungstruppen

wobei dessen Geltungsbereich und die dazugehörigen Mechanismen noch genau definiert werden müssen. Der Vertrag beinhaltet auch die Auflage, dass die Staaten über die von ihnen ergriffenen Umsetzungsmaßnahmen – sowohl über den Transfer von sieben Kategorien konventioneller Großwaffen, die das UN-Register für konventionelle Waffen festgelegt hat, als auch über den Transfer kleiner und leichter Waffen – berichten müssen. Der obligatorische Charakter des Berichts über den Export kleiner und leichter Waffen unterscheidet den Waffenhandelsvertrag vom UN-Waffenregister UNROCA. Der Geltungsbereich des Waffenhandelsvertrags ist jedoch begrenzter als die Munitions List des Wassenaar-Abkommens und beinhaltet auch nicht die für den konventionellen Waffengebrauch doppelverwendungs-



fähigen Güter. Die Befürworter des Waffenhandelsvertrags mühen sich darum, Prinzipien und Standards festzulegen, wie sie bereits in einigen Kontrollsystemen für konventionelle Waffensystemelemente auf regionalem und staatlichem Niveau existieren.

Die besondere Erwähnung von genderbasierter Gewalt als Kriterium geht über die meisten staatlichen und regionalen Vereinbarungen hinaus, einschließlich des gemeinsamen Standpunkts zu Waffenexporten der Europäischen Union (EU), wobei es im letzteren zumindest impliziert ist. Die Kompromissformel zum Waffenhandelsvertrag war bestrebt, ein weites Spektrum der Positionen der UN-Mitgliedsstaaten abzustimmen, zwischen dem Primat der Sicherheit der Staaten und der menschlichen Sicherheit, der Auflagen des internationalen humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte sowie den Interessen von Exporteuren und Importeuren. All dies führte zu einer Vertrags-sprache, die Raum für Interpretationen belässt, da es Staaten sind, die den Vertrag in Recht, Politik und Praxis übersetzen.

Multilaterale Waffenembargos

Angesichts der gescheiterten Bemühungen des tief gespaltenen UN-Sicherheitsrats um ein Waffenembargo gegen Syrien fällt die Bilanz mit Blick auf die multilaterale Vereinbarung von Lieferstopps gemischt aus.

Das Embargo der Arabischen Liga gegen Syrien blieb weiter in Kraft, während die EU im Juni 2013 ihre seit 2011 geltenden Waffenembargos auslaufen ließ, wegen einer fehlenden Einigung zwischen den Mitgliedsstaaten, ob die Embargomaßnahmen ausgeweitet oder angepasst werden müssten und insbesondere darüber, ob Waffenlieferungen für die Opposition erlaubt werden sollten. Im April hatte die EU vereinbart, die Lieferung von bestimmtem nichtletalen militärischen Gerät an syrische Oppositionskräfte zu gewähren, die Lieferung von Material und Software zur Überwachung

des Nachrichtenverkehrs der syrischen Regierung blieb weiter verboten.

Im August setzten die EU-Mitgliedsstaaten Exporte nach Ägypten von jeglichem Material aus, das für interne Repressionen genutzt werden könnte, obwohl dies nicht in einem rechtlich verbindlichen Embargo formalisiert worden war.

2013 verhängte der UN-Sicherheitsrat ein neues Waffenembargo gegen die Zentralafrikanische Republik. Wie in vorhergehenden Jahren befassten sich UN-Ausschüsse damit, Verletzungen durch UN-Waffenembargos zu überwachen.

Exportkontrollregime

2013 setzten vier informelle, d.h. nicht rechtsbindende Regime – die Australische Gruppe, das Raketentechnologie-Kontrollregime (MTCR), die Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer (NSG) und das Wassenaar-Abkommen – ihre Arbeit an konsensbasierten Entscheidungen fort, um strategische Handelskontrollen zu verstärken. Diese multilateralen Regime aktualisieren regelmäßig die Liste der Objekte, die kontrolliert werden müssen, vereinbarten 2013 aber keine neuen Richtlinien oder Prinzipien für exportrelevante Aktivitäten wie Vermittlung, Transit oder Umladung.

Mexiko trat 2013 der Australischen Gruppe bei, nachdem es bereits 2012 zur Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer und dem Wassenaar-Abkommen zugelassen worden war. Weitere Mitgliedschaften stehen bevor. Indiens Interesse, den Regimes beizutreten, ist weiterhin Gegenstand erheblicher Diskussionen – bisher ohne Ergebnis.

Die Relevanz der Australischen Gruppe, die über Material berichtet, das Anwendung in biologischen oder chemischen Waffen findet, wurde durch die Nutzung chemischer Waffen in Syrien unterstrichen. Fortgesetzte Belieferungen von Pakistan an chinesische Kernreaktoren waren Thema einer Debatte inner- und außerhalb der Kernmaterial-Lieferländer. ●



ANHÄNGE

Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge, die am 1. Januar 2014 in Kraft waren

- 1925 Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege (Genfer Protokoll 1925)
- 1948 Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Völkermordkonvention)
- 1949 Genfer Konvention (IV) zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
- 1959 Antarktisvertrag
- 1963 Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Partieller Teststoppvertrag/Partial Test-Ban Treaty, PTBT)
- 1967 Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraumvertrag)
- 1967 Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Vertrag von Tlatelolco)
- 1968 Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen/Atomwaffensperrvertrag (Nichtverbreitungsvertrag, NVV/Non-Proliferation Treaty, NPT)
- 1971 Vertrag über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresgrund (Meeresbodenvertrag)
- 1972 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (Bio- und Toxinwaffen-Übereinkommen, BWÜ/Biological and Toxin Weapons Convention, BTWC)
- 1974 Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (Testschwellenvertrag/Threshold Test-Ban Treaty, TTBT)
- 1976 Vertrag über unterirdische Kernexplosion zu friedlichen Zwecken (Peaceful Nuclear Explosion Treaty, PNET)
- 1977 Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Technologien (ENMOD-Konvention)
- 1980 Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial
- 1981 Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (Übereinkommen über „unmenschliche Waffen“/CCW Convention or „Inhumane Weapons“ Convention)
- 1985 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone im Südpazifik (Vertrag von Rarotonga)
- 1987 Vertrag über die Vernichtung von Kurz- und Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag)
- 1990 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag/Treaty on Conventional Armed Forces in Europe, CFE Treaty)
- 1992 Vertrag über den Offenen Himmel (OH-Vertrag)
- 1993 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (C-Waffen-Übereinkommen, CWÜ/Chemical Weapons Convention, CWC)
- 1995 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Südostasien (Vertrag von Bangkok)
- 1996 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba)



CHRONOLOGIE 2013, AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE

- 11. Jan. Frankreich startet die Operation Serval, um Malis Streitkräfte zu unterstützen
- 12. Feb. Nordkorea führt einen unterirdischen Atomwaffentest durch
- 24. Mrz. Séléka-Rebellen ergreifen die Macht in der Zentralafrikanischen Republik
- 2. Apr. die UN-Generalversammlung verabschiedet den Waffenhandelsvertrag
- 2. Mai der UN-Sicherheitsrat richtet die UN-Hilfsmission in Somalia ein
- 6. Juni die Existenz von Prism, ein geheimes US-amerikanisches Überwachungsprogramm, wird von Edward Snowden aufgedeckt
- 18. Juni die Armee der afghanischen Regierung übernimmt eine wesentliche Rolle hinsichtlich der Sicherheitslage im Land
- 3. Juli das ägyptische Militär stürzt den Präsidenten Mohammed Mursi
- 21. Aug. Berichte eines Chemiewaffenangriffs in Ghouta, Syrien, werden bekannt
- 12. Sep. Syrien stimmt zu, dem Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) von 1993 beizutreten
- 31. Okt. ein geplantes Amnestiegesetz löst große Demonstrationen gegen die thailändische Regierung aus
- 24. Nov. Iran stimmt zu, sein Atomprogramm für sechs Monate einzuschränken
- 17. Dez. Japan gibt Pläne bekannt, die die Erhöhung von Militärausgaben vorsehen

- 1996 Abkommen über subregionale Rüstungskontrolle (Abkommen von Florenz)
- 1997 Interamerikanisches Übereinkommen gegen die unerlaubte Herstellung von und den Handel mit Schusswaffen, Munition, Sprengstoff und ähnlichem Material
- 1997 Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (Anti-

- Landminen-Konvention, Ottawa-Konvention)
- 1999 Interamerikanisches Übereinkommen über Transparenz beim Erwerb konventioneller Waffen
- 2006 ECOWAS-Übereinkommen über Kleinwaffen, leichte Waffen, ihre Munition und ähnliches Material
- 2006 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone in Zentralasien (Vertrag von Semipalatinsk)
- 2008 Übereinkommen über Streumunition
- 2010 Vertrag über die weitere Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (Neuer START-Vertrag/ New START)
- 2011 Wiener Dokument 2011 der Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen

Verträge, die bis 1. Januar 2014 nicht in Kraft waren

- 1996 Umfassender Teststoppvertrag (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT)
- 1999 Übereinkommen über die Anpassung des KSE-Vertrags/CFE Treaty
- 2010 Zentralafrikanisches Übereinkommen zur Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen, deren Munition und aller Teile und Komponenten, die zur Herstellung, Instandsetzung und Montage dieser Waffen verwendet werden können (Kinshasa-Übereinkommen)
- 2013 Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT)

Organe für Sicherheitszusammenarbeit

Nennenswerte Neuerungen 2013 betreffen Mexiko, das der Australischen Gruppe beigetreten ist, Kroatien, das Mitglied in der Europäischen Union wurde, und Serbien, das den Kernmateriallieferländern beigetreten ist. ●



SO BESTELLEN SIE DAS SIPRI YEARBOOK 2014

SIPRI Yearbook 2014: Armaments, Disarmament and International Security

Veröffentlicht in einer Print- und Onlineausgabe von Oxford University Press.

ISBN 978-0-19-871259-6, gebundene Ausgabe

ISBN 978-0-19-178432-3, Onlineausgabe

OXFORD
UNIVERSITY PRESS

Weitere Informationen unter **www.sipriyearbook.org**

ÜBERSETZUNGEN

Das *SIPRI Yearbook 2014* wird in folgende Sprachen übersetzt:

- Arabisch vom Centre for Arab Unity Studies (CAUS), Beirut
www.caus.org.lb
- Chinesisch von China Arms Control and Disarmament Association (CACDA), Peking
www.cacda.org.cn
- Russisch vom Institute of World Economy and International Relations (IMEMO), Moskau
www.imemo.ru
- Ukrainisch vom Razumkov Centre (Ukrainian Centre for Economic and Political Studies, UCEPS), Kiew
www.razumkov.org.ua

Diese Übersetzungen wurden von der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport gefördert. Bitte kontaktieren Sie die übersetzenden Organisationen für weitere Informationen.



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

Signalistgatan 9

SE-169 70 Solna, Sweden

Telephone: +46 8 655 97 00

Fax: +46 8 655 97 33

Email: sipri@sipri.org

Internet: www.sipri.org



BERGHOF FOUNDATION OPERATIONS GMBH

Die Berghof Foundation ist eine unabhängige und gemeinnützig tätige Nichtregierungsorganisation. Sie wurde 1971 von Professor Georg Zundel gegründet. Mit ihren langjährigen Erfahrungen in den Bereichen Friedensforschung, Friedenspädagogik und Friedensförderung unterstützt sie Akteure bei der gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten.

Creating Space for Conflict Transformation – für diese Mission arbeitet das multinationale Team der Berghof Foundation in enger Kooperation mit zahlreichen Partnern auf der ganzen Welt. Die Berghof Foundation hat ihren Hauptsitz in Berlin und eine Zweigstelle in Tübingen. Darüber hinaus stützt sich ihre Arbeit auf viele engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Projektbüros im Ausland.

Berghof Foundation

Berghof Foundation Operations GmbH
Altensteinstraße 48a
14195 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 (30) 844154-0
Telefax: +49 (30) 844154-99
E-Mail: info@berghof-foundation.org
Internet: www.berghof-foundation.org

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. Sie ist den Werten und Grundideen der Sozialen Demokratie verpflichtet und arbeitet mit NGOs, Think Tanks, politischen Akteuren und der Gewerkschaftsbewegung weltweit zusammen. Im Sinne der Leitbilder Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität leistet die Stiftung heute in Deutschland und in über 100 Ländern Beiträge zur Entwicklung der Demokratie, der politischen Kultur, der Festigung von Frieden und zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels.



Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland
Telefon: +49 (228) 883-0
Telefax: +49 (228) 883-9207
E-Mail: presse@fes.de
Internet: www.fes.de



SIPRI YEARBOOK 2014

Armaments, Disarmament and International Security

Das SIPRI Yearbook ist eine Zusammenstellung von Daten und Analysen in den Bereichen:

- Sicherheit und Konflikte
- Militärausgaben und Rüstung
- Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Diese Broschüre fasst die 45. Ausgabe des SIPRI Yearbooks zusammen. Es enthält Berichte über die Entwicklungen im Jahr 2013 in den Bereichen:

- *Bewaffnete Konflikte*, mit Studien zu Mediation und Friedensabkommen sowie der Rolle des UN-Sicherheitsrats in staatlich bewaffneten Konflikten
- *Friedenseinsätze und Konfliktmanagement*, darunter eine Analyse zu Friedenseinsätzen in Afrika
- *Militärausgaben und Rüstungsproduktion*, unter Berücksichtigung der US-amerikanischen Haushaltsdebatten und einem Feature zu Militärausgaben und Sicherheit in der asiatisch-pazifischen Region
- *Internationale Rüstungstransfers*, mit einer Studie zu Transfers von Langstreckenraketen sowie einer Beurteilung von Transparenzbemühungen
- *Atomstreitkräfte weltweit*, mit einer Beschreibung der Nuklearexplosion in Nordkorea
- *Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung*, beleuchtet Entwicklungen im Iran und in Nordkorea sowie das russisch-amerikanische Programm für kooperative Maßnahmen zum Abbau von Bedrohungspotentialen
- *Verringerung der Sicherheitsbedrohungen durch chemische und biologische Materialien*, beschreibt die internationale Reaktion bezüglich des Gebrauchs von chemischen Waffen in Syrien sowie die Entwicklungen in der zivilen und militärischen Forschung in den Biowissenschaften
- *Konventionelle Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung*, mit Studien zum Umgang mit autonomen Waffen, zu Cybersicherheit und europäischen Debatten über konventionelle Rüstungskontrolle
- *Doppelverwendungsfähige Güter und Waffenkontrollsysteme*, mit einer Darstellung zur Annahme des Waffenhandelsvertrags sowie zu Entwicklungen multilateraler Waffenembargos und von Exportkontrollregimes

sowie eine Reihe von Essays, die sich mit dem Syrienkonflikt auseinandersetzt, und umfangreiche Anhänge über Rüstungskontrolle und Abrüstungsabkommen, internationale Sicherheitsorganisationen sowie eine Chronologie der Ereignisse des Jahres 2013.